

# Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Postenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark auschl. Postgebühren. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Auslieferung hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Südost & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Kahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. Kahn, beide Spandau.

## General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

### Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuenhoffer Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen: Wöchentlich: „Spand. Musik. Zeitung“, „Spand. Romanzeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinrentner“, 14-täglich: „Leben. Hundschau“, „Film“, „Welle u. Vertikal“.

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Anzeigenzeile oder deren Raum 30 Pf., die dreizehnpaltige Zeile 1,80 Mk. Die Beilagengebühr beträgt 20 Pf. für das Taubendruck, die Offsetdruckgebühr 30 Pf. — Für das Erhalten von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gebühr übernommen. — Bankkonten: Darmstädter und Nationalbank, Depotskonten: Spandau, Internationale Bank für Handel und Gewerbe, Spandauer Bank, c/o m. b. H., Spandau. — Postfachkonto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

Nummer 23.\*

Mittwoch, 28. Januar 1931.

38. Jahrgang.

## Laval.

Ein sehr ehrgeiziger und verhältnismäßig noch junger Mann, dieser Senator Laval. In den Jahren nach der Liquidation des Weltkrieges hat er es sehr geschickt angefangen, sich und was er seine Politik nennt, in den Vordergrund des parlamentarischen Betriebes Frankreichs zu stellen. Er ist ein guter Redner mit einer unverkennbar diplomatischen Begabung, ein recht tüchtiger Verhandlungspartner, der auch Kompromisse abzuschließen versteht, wenn das von ihm gesteckte Ziel durch sie nicht allzu weit verschoben wird. Da er noch jung an Jahren ist und auch diese seine Jugend als einen Stimmungsfaktor auszuwerten versteht, so fühlt er sich als ein Vertreter der jüngeren Generation und als Vorkämpfer einer Gruppe, die sehr gern bereit ist, die alten Parlamentsfüße von 60 und 70 Jahren von ihrer etwas entnervenden Arbeit abzulassen.

Auf den ersten Blick sieht man diesem Pierre Laval nicht an, welche Temperamente und Latenz hinter ihm liegen. Ein runder Kopf mit tief in die Stirn hängenden kräftigen Haaren, eine breite Nase, ein etwas melancholisch herabhängender Schnurrbart, eine starke Unterlippe und ein weiches Kinn. Kein Salonmenschen und keinerlei rein äußerlich keine bestechende Figur der repräsentativen Diplomatie. In seiner Kleidung zeigt er eine gewisse betändende Saloppheit, der jedoch das gewisse Etwas fehlt, man kann es nennen das Biedermeierische oder das Eindringliche einer wirklich großen Persönlichkeit.

Der Senator Pierre Laval ist ein sehr wandlungsfähiger Herr. Vor vielen Jahren sah man ihn noch auf den Säulen der äußersten Linken, lange Zeit war er ein sehr geschätztes Mitglied der sozialistischen Partei, der er durch seine Betriebsamkeit und durch seine gute Kenntnis der parlamentarischen Maschine recht wertvolle Dienste leistete. Dann spielte er sich mit einer unverkennbaren Routine und ohne daß es in der Kammer weiter auffiel, bis zur äußersten Rechten hinüber. Ein gelehriger Schüler Millierands also. Vor wenigen Wochen hatte ihn bereits einmal der Präsident der Republik mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt. Seine Mission scheiterte damals, was ihm anscheinend sehr nahe ging. Und so mußte man von vornherein damit rechnen, daß er jetzt, wo er zum zweitenmal innerhalb einer ganz kurzen Frist die Kabinettsbildung überlassen mußte, auch das Beste nicht anzuversuchen würde, eine Regierung zu bilden, die seinen Namen trägt. Wie man sieht, hat er sein Spiel gewonnen.

Die Zusammensetzung des neuen französischen Kabinetts zeigt der Niedererschlag der vorhergegangenen Kämpfe. Was Laval gerne erreichen wollte, ist nicht Wirklichkeit geworden. Die Radikalen haben sich trotz eines bemerkenswert weiten Entgegenkommens Lavals nicht dazu entschließen können, die unangenehme Pflanze einer Zusammenarbeit mit der Maringruppe zu schließen. Damit ist die von vielen Seiten gewünschte sogenannte Sammlung der bürgerlichen Mittelparteien gescheitert. Das Kabinett zeigt fast die gleichen Züge, wie das seinerzeit infolge des Dufresneandals gestürzte Kabinett Tardieu. Wenn man die Dinge genau betrachtet, so stellt man fest, daß nur eine Auswechslung der Personen stattgefunden hat, die durch die letzten Skandalaffären arg bloßgestellten Mitglieder der Regierung Tardieu sind ausgeschifft worden; an ihrer Stelle sitzen jetzt Männer, die politisch die gleichen Ziele und den gleichen Kurs verfolgen. Tardieu, durch seine Wiederaufnahme in das Kabinett vom Schlamm des Dufresneandals rein gewaschen, ist Ackerbauminister geworden. Wenn sein Reizort auch ziemlich unpolitisch ist, so weiß doch jeder in der Kammer, daß er seinen Einfluß am Steuer der künftigen Richtung der französischen Politik sehr kräftig und bestimmend geltend machen wird. Das gleiche läßt sich von Maginot sagen, der wieder das Kriegsministerium übernommen hat. Daß Briand weiterhin das Außenministerium behält, war eine Selbstverständlichkeit, die von keiner Seite während der Kämpfe um die Kabinettsbildung angezweifelt wurde. Die übrigen Männer des Kabinetts sind, wie schon oben gesagt, „Ersatzleute“. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Regierung Tardieu unter einer neuen Firmenbezeichnung wieder neuertanden ist.

In der französischen Kammer werden sich nun die Dinge wieder so abspielen, wie wir dies aus der Zeit Tardieu her kennen. Heftige Kämpfe zwischen der Rechten und der Linken, Strömungen, die die Regierungsgrundlage unterwühlen, Auseinandersetzungen, bei denen die Regierung mehr Ball als Spieler sein kann. Also keine Festigkeit und keine Festlegung eines für absehbare Zeit gesicherten politischen Kurses. Auf außenpolitischem Gebiet wird die Regierungsumbildung in Frankreich nichts ändern. Hier bleibt nur die Feststellung, daß der durch die heftige Grundfrage der französischen Regierung geschaffene Unsicherheitsfaktor sich nicht gerade fördernd auf die Festigung der europäischen Verhältnisse auswirken wird.

## Schiele über den Reichsbestellungsplan.

Berlin, 28. Januar.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages begründete heute der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schiele, seinen Haushaltsentwurf in einer längeren Rede. Er gab einleitend einen Überblick über die agrarpolitischen Maßnahmen im letzten Jahre und stellte zusammenfassend fest, daß es zwar wegen der unerhörten Zuspitzung der allgemeinen Krisenzustände im In- und Auslande nicht gelungen sei, dem wachsenden Substanzverzehr der Landwirtschaft radikal Einhalt zu gebieten, daß aber auf den wichtigsten Gebieten die Anbahnung einer dauerhaften Ordnung der Produktions- und Absatzverhältnisse deutlich erkennbar sei. Im kommenden Jahre müßte die bisherige Politik für den Getreidebau konsequent fortgeführt und durch eine stärkere Fürsorge für den Leguminosenbau ergänzt werden. Für den Kartoffelbau seien die Ausführungen der Glöcknerpläne und die Erhöhung des Brennwertes zu fordern. Das Zustandekommen der internationalen Vereinbarungen und die Einigung bei bereits 97 v. H. der deutschen Zuderindustrie gäben die Hoffnung, daß das Werk des Zusammenschlusses endgültig gelingen würde.

Ausführlich behandelte der Minister alsdann die Fragen der Produktionsumstellung und machte Mitteilungen über den in Zusammenarbeit begriffenen Reichsbestellungsplan. Der Gesamtplan müsse von einer

notwendigen Einschränkung des Roggen-, Hafer- und Futterertrags um rund 1,5 Millionen Hektar ausgehen. Diese freiwerdenden Ackerflächen könnten zu insgesamt einer Million Hektar für die Erweiterung des Weizen- und Getreideanbaues Verwendung finden. Der Rest von mindestens 500 000 Hektar müsse zur Verstärkung der nationalwirtschaftlichen Futtermittelbasis

der deutschen Veredelungswirtschaft dienen. Es sei daher sein Ziel, zur Förderung der Viehwirtschaft für eine derartige Umstellung in der Ackerbauung einen wirksamen Anreiz zu schaffen.

Vorläufig sind noch die Zukunftsaussichten für die tierische Veredelungswirtschaft wenig günstig. Der internationale Preisrückgang an Getreide und Futtermitteln beginnt sich immer deutlicher in eine Überproduktion von tierischen Veredelungsprodukten umzusetzen. Daher ist die Regierung vor neue dringende Aufgaben zum Schutze der bäuerlichen Veredelungswirtschaft gestellt.

Angere agrarische Außenhandelspolitik, so fuhr der Minister fort, ist heute vor die Notwendigkeit gestellt, so weit als möglich die Einfuhr zu drosseln, um unter eigenen Erzeugung den heimischen Markt zu erhalten und ihr darüber hinaus neue Abnahmefähigkeiten zu erschließen. Ueber diese grundsätzliche Zielsetzung unserer Zoll- und Handelspolitik befindet sich in völliger Übereinstimmung mit den Darlegungen, die Minister Curtius in Genf in der Europakonferenz gemacht hat. Gerade bei richtiger Würdigung der innerwirtschaftlichen Aufgaben der Agrarpolitik kommt man nicht umhin, die Agrarpolitik als die Wächter der Ordnung an der Schwelle des Wiederaufbaues der deutschen Landwirtschaft anzuer-

kennen. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich die Sympathie zwischen allgemeiner Handelspolitik und agrarischer Zollpolitik, wie sie in dem gegenwärtigen Handelsvertragsystem vorgenommen ist, nicht für glücklich halte. Ich erachte eine allmähliche Abkehr von dieser Politik für unerlässlich, halte es aber angesichts der heutigen Lage für geboten, nur mit Vorbedacht an die Reform der bestehenden Handelsverträge heranzugehen.

Der Minister wendete sich den Fragen der Preispolitik zu. Er wies darauf hin, daß sich die Spanne zwischen Industrie- und Agrarpreisen bisher nur völlig unzureichend ermäßigt habe. Der notwendige Ausgleich müsse vor allem durch die Senkung des industriellen Preisniveaus erreicht werden. Der Vergleich des Agrarindex vom Dezember 1930 mit dem Ernährungsindex für März ergebe, daß bei gleichgebliebenen Erzeugerpreisen der Index für die Kleinhandelspreise von 145 auf 135 zurückgegangen sei. Gewisse Erleichterungen seien also bereits erreicht.

Der Minister ging dann auf die Ernährungspolitik ein. Er betonte, daß gerade in einer Zeit so unerhörter sozialer und nationaler Not die Landwirtschaftspolitik und Ernährungspolitik nicht zu trennen seien. Im letzten Jahre betrug der Ueberschuß aus dem Warenhandel und den sogenannten Dienstleistungen 1,9 Milliarden Mark. Aber die Reparationen und der Zinsdienst erforderten rund 2,9 Milliarden, so daß ein Fehlbetrag von einer Milliarde in unserer Zahlungsbilanz nur durch Auslandskredite gedeckt werden konnte. Wenn diese einmal ausbleiben, stehen wir vor der Aufgabe, Einnahmen und Ausgaben unserer Zahlungsbilanz aus unserer eigenen Kraft zu balancieren. Politisch und wirtschaftlich ist in einer solchen Lage der schwächste Posten unsere Lebensmittel-einfuhr.

Es gilt, der Landwirtschaft den beabsichtigten Kurs der Agrarpolitik klar zu zeigen, damit sie an die Erreichung der im Reichsbestellungsplan aufgestellten Ziele bereits bei der Frühjahrseinstellung mit neuem Unternehmungsmut herangehen kann. Immer wieder muß auf die enge Verflochtenheit von Landwirtschaft und übriger Wirtschaft hingewiesen werden. Es ist bitter nötig, daß endlich das gesamte deutsche Volk erkennt, daß zwischen Wirtschaft und Arbeitslosigkeit ein unmittelbarer Ursachenzusammenhang besteht und daß zu einer systematischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in erster Linie auch ein Wiederaufbau der Ertrags- und Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft gehört. Damit hängen die Bevölkerungs- und sozialpolitischen Fragen der Landwirtschaft und der Ernährung aufs engste zusammen. Andauernde Agrarkrise heißt weitere Entvölkerung des Ostens, Anwachsen der Arbeitslosigkeit und des Massenelends in den Großstädten. In einer Zeit so schweren allgemeinen Ringens, so erklärte der Minister zum Schluß, würde ich alles andere tun, als mich zum Wortführer unbiliger egoistischer Berufsinteressen zu machen. Ich führe mein Amt in der Ueberzeugung, daß Agrarpolitik nicht eine einseitige Berücksichtigung eines Volksteiles ist, sondern daß sie mehr denn je dazu berufen ist, den Grundstein für den Wiederaufbau der gesamten Volkswirtschaft zu legen.

## Sawinennung an der italienisch-französischen Grenze?

Bermühte italienische Alpenjäger.

Paris, 28. Januar. In Paris liegen Meldungen aus französischer und italienischer Quelle vor, wonach eine italienische Alpenjägerkompanie an der französisch-italienischen Grenze bei Winterübungen von einer Schneelawine überrollt worden sei. Am Montag sei eine Hilfskolonne abgegangen, um nach dieser als vermisst gemeldeten Abteilung Alpenjäger zu suchen. Eine Meldung aus Rom besagt, daß die vermissten Alpini gestern nach ihrem Standort Badeneche (Stalien) zurückgeführt seien. Dagegen belagen mehrere Meldungen aus französischer und italienischer Quelle, daß die Hilfskolonne ebenfalls von einer Lawine überrollt worden sei und nicht weniger als 13 Tote zu beklagen habe, darunter den Verlust ihres Führers, eines Hauptmanns. Drei Leichen seien bereits geborgen worden. Wo die zunächst als vermisst gemeldete italienische Kompanie Zuflucht gefunden hatte, ist hier nicht bekannt. Man vermutet, daß sie sich in einer der auf französischem Gebiet liegenden Schutzhütten in der Gegend von Planan aufgehalten hat. Von der italienischen Abteilung fehlte vier Tage lang jede Spur.

### Wahnsinnstat einer Mutter.

Königsberg i. Pr., 28. Januar. Die Ehefrau des Bezirksvollkommens Neumann tötete heute nacht in Abwesenheit ihres Mannes ihren 14jährigen Sohn durch einen Revolverbeschuss.

während zwei andere Kinder sich dem gleichen Schicksal durch die Flucht entziehen konnten. Als sich die geflüchteten Kinder mit Hausbewohnern, herbeigerufenen Polizeibeamten und Feuerwehrlenten Eingang in die Wohnung verschafften, hatte sich Frau Neumann inzwischen mit Gas vergiftet. Es wird angenommen, daß die Unglückliche in geistiger Umnachtung gehandelt hat.

### Ludendorff und Laufend.

München, 28. Januar. Im Prozeß gegen Laufend wurde heute der Kaufmann Franz von Reban vernommen. Er war durch Reihardt bei Ludendorff eingeführt worden, der ihm Gold zeigte und ihm Schweigepflicht auferlegte, wobei er bemerkte, daß es sich um eine wichtige Sache handele; er wisse noch nicht, was daran sei, die Erfindung müsse erst ausgearbeitet werden, er wolle aber keine Verantwortung auf sich nehmen. Ludendorff beauftragte dann den Zeugen mit der Prüfung der Erfindung, worauf von Reban einige Zeit in Gilling arbeitete. Eigene Versuche, die er hier veranstaltete, waren negativ verlaufen. Er habe damals noch nicht die notwendige Uebung gehabt. Er habe der Sache zuerst skeptisch gegenüberstanden, da Ludendorff ihm gesagt habe, er solle Augen und Ohren offen halten.